

Informationsblatt gemäß Art. 13 und 14 DSGVO

Stand: 15. April 2026

Geltungsbereich

Die Informationspflichten gelten für die Verwaltungs- und Serviceleistungen, die die Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis als untere Landesbehörde und kommunale Selbstverwaltung erbringt. Dabei werden einerseits personenbezogene Daten zur Erfüllung *rechtlicher Verpflichtungen*, andererseits zur Wahrnehmung von Aufgaben im *öffentlichen Interesse* verarbeitet. Sobald Sie mit uns in Kontakt treten und Leistungen beantragen, werden von den Beschäftigten für *festgelegte, eindeutige und legitime* Zwecke Ihre personenbezogenen Daten erhoben. Die Beschäftigten sind nach § 8 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) vom Verantwortlichen (Landrat) auf das Datenheimnis verpflichtet bzw. haben eine Vertraulichkeitserklärung abgegeben.

Gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir dazu verpflichtet, Bürgerinnen und Bürger über die rechtmäßige Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu informieren. Soweit Sie noch nicht informiert worden sind, nennt Ihnen die zuständige Sacharbeiterin oder der Sacharbeiter die konkreten Zwecke und Rechtsgrundlagen (Erlaubnisgründe), die uns die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erlauben.

Um welche Verarbeitungstätigkeiten handelt es sich?

Es handelt sich um vielfältige Verarbeitungstätigkeiten im Rahmen der Verwaltungs- und Serviceleistungen, die Ihre Anträge, Verträge, Anfragen, Akteneinsichts- und Auskunftsbeglehen sowie Einwilligungen oder Schweigepflichtsentbindungen betreffen. Ihre freiwillig erteilten Einwilligungserklärungen oder Schweigepflichtsentbindungen können jederzeit widerrufen werden.

Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis
Europaplatz 5
67063 Ludwigshafen am Rhein
Telefon: +49 (0)621 5909-0
E-Mail: zentrale-dienste@rheinpfalzkreis.de

Wer ist der behördliche Datenschutz-Beauftragte?

Herr Torsten Zimmer
Europaplatz 5
67063 Ludwigshafen am Rhein
Telefon: +49 (0)621 5909-5280
E-Mail: datenschutz@rheinpfalzkreis.de

Für welche Zwecke werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Die festgelegten, eindeutigen und legitimen Zwecke leiten sich von der jeweiligen Verarbeitungstätigkeit ab, die im direkten Zusammenhang mit einer von Ihnen beanspruchten Verwaltungs- oder Serviceleistung stehen und bei der Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden.

Auf welcher Rechtsgrundlage werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Soweit wir für die Verarbeitung personenbezogener Daten eine Einwilligung oder eine Schweigepflichtsentbindung von Ihnen benötigen, dient Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DSGVO als Rechtsgrundlage. Soweit die Verarbeitung für vorvertragliche Maßnahmen oder für den Abschluss eines Vertrags erforderlich ist, greift Art. 6 Abs. 1 Buchst. b DSGVO als Rechtsgrundlage. Soweit wir zur Erfüllung unserer rechtlichen Verpflichtungen Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c für die Rechtmäßigkeit maßgebend. Wenn es um lebenswichtige Interessen geht, bei denen wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten oder weitergeben müssen, dient Art. 6 Abs. 1 Buchst. d DSGVO als Rechtsgrundlage. Soweit wir Aufgaben wahrnehmen, die im öffentlichen Interesse liegen, ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung maßgeblich. Soweit die Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis kommunalwirtschaftlich tätig ist, greift zur Wahrung berechtigter Interessen Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DSGVO als Rechtsgrundlage.

Welche Herkunft oder Quellen personenbezogener Daten gibt es?

Ihre Daten erhalten wir direkt von Ihnen (Ersterhebung) oder sie werden von uns bei anderen Behörden oder Institutionen angefordert (Dritterhebung), wenn wir die Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DSGVO) benötigen oder wenn weitere einschlägige Rechtsnormen die Verarbeitung legitimieren.

Wer sind die Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt, wenn andere Behörden oder Institutionen Ihre Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. c DSGVO) benötigen oder wenn weitere einschlägige Rechtsnormen die Verarbeitung legitimieren.

Wie lange werden personenbezogene Daten von Betroffenen gespeichert?

Die Dauer der Speicherung richtet sich nach den gesetzlichen Aufbewahrungs- und Löschfristen, die sich unter anderem aus Fachgesetzen wie der Abgabenordnung (AO), SGB I und SGB X ergeben. Außerdem unterliegen wir Dokumentations- und Archivpflichten. Soweit möglich, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten nur für die Dauer der Bearbeitung, wir löschen Ihre Daten, wenn möglich, sobald die Zweckerfüllung erlischt.

Welche Datenschutzrechte können Betroffene geltend machen?

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO):

Sie haben das Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO):

Sie haben das Recht auf Berichtigung unrichtiger und unvollständiger Daten.

c. Recht auf Löschung/„Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO):

Sie haben das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten, insofern diese nicht länger für die Erfüllung des Zwecks, für den die Daten erhoben wurden, erforderlich sind oder die Rechtsgrundlage, aufgrund derer die Daten erhoben wurden, unwirksam geworden ist.

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 und Art. 19 DSGVO):

Sie haben das Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, wenn die Daten unrichtig sind, Sie die Löschung ablehnen, Sie die Daten für die Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO einer Verarbeitung widersprochen haben.

e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO):

Sie haben das Recht personenbezogene Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und das Recht, dass diese Daten an Dritte übermittelt werden, sofern dies technisch möglich ist.

// f. Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO):

Sie haben jederzeit das Recht, eine Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a zu widerrufen. Sie haben jederzeit das Recht, der Verarbeitung personenbezogener Daten zu widersprechen, insoweit die Datenverarbeitung zur Wahrung öffentlicher oder berechtigter Interessen erfolgt (Art. 6 Abs. 1 Buchst. e oder f) und Sie nachweisen können, dass Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen gebraucht werden. //

g. Recht auf menschliches Eingreifen (Art. 22 DSGVO):

Sie haben das Recht, einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung beruhenden Entscheidungsfindung zu widersprechen, wenn diese rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt.

Wo können sich Betroffene beschweren?

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34
55116 Mainz
Telefon: 06131 208-2449
Telefax: 06131 208-2497
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

Sind die Betroffenen verpflichtet, personenbezogene Daten bereitzustellen?

Ohne die Bereitstellung der erforderlichen personenbezogenen Daten können die Zwecke der Verarbeitung nicht rechtzeitig oder nicht vollständig ausgeführt werden.